

Keine Chance für die Transaktionssteuer

Der Internationale Währungsfonds hält die Pläne der G20-Staaten zur Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer für aussichtslos. In einer Studie für die führenden Industrie- und Schwellenländer kommt der Währungsfonds zu dem Ergebnis, dass die Besteuerung von Finanzprodukten mit erheblichen Umsetzungsproblemen verbunden sei.

von Sven Afhüppe und Markus Ziener



Der IWF unter der Leitung von Dominique Strauss-Kahn steht einer Transaktionssteuer skeptisch gegenüber, bevorzugt eine Bankenabgabe.
Quelle: ap

BERLIN/WASHINGTON. In Kreisen des Fonds und der Bundesregierung hieß es, dass der Fonds den G20-Staaten in seinem Bericht deshalb von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer abräte. Bei einer Bankenabgabe, die an die Besteuerung von Finanzinstituten anknüpft, sehe der Währungsfonds dagegen deutlich weniger Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Der Währungsfonds will die Studie beim Treffen der G20-Finanzminister in der übernächsten Woche in Washington vorstellen.

Der Bericht des Währungsfonds zu den verschiedenen Besteuerungsinstrumenten des Finanzsektors gilt als wegweisend für die politische Debatte zur weiteren Finanzmarktregulierung unter den Staaten der G20. Die G20 hatte den IWF im vergangenen Herbst damit beauftragt, sämtliche Instrumente zur Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise zu prüfen. Unter anderem hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der britische Premierminister Gordon Brown für eine Steuer auf

Finanzprodukte geworben. In den vergangenen Wochen hatten sich Deutschland und Großbritannien allerdings für die Einführung einer Bankenabgabe ausgesprochen. Auch die EU-Kommission favorisiert eine Sonderabgabe für Finanzinstitute.

IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn hatte die Richtung bereits kürzlich vorgezeichnet und erklärt, dass er eine Transaktionssteuer in der Praxis für nicht umsetzbar halte. Allerdings sprach er sich dafür aus, „eine andere Art von Steuer“ einzuführen. Noch einmal werde man die Steuerzahler nicht darum bitten können, die Banken zu retten, sagte Strauss-Kahn.

Die Kritik an der Transaktionssteuer war zuletzt immer lauter geworden. Philip Levy vom American Enterprise Institute (AEI) monierte, dass eine Transaktionssteuer nicht den gewünschten Effekt erzielt. „Ich sehe die Gefahr, dass die Banken mit ihren Geschäften in eine Grauzone abtauchen“, sagte der Ökonom. „Eine Steuer ist geradezu eine Aufforderung dazu, nach Wegen zu suchen, ihr zu entgehen.“ Zudem sei unklar, was genau eigentlich besteuert werden und wie dabei etwa mit Derivaten umgegangen werden soll.

In Regierungskreisen hieß es, man werde sich auf dem G20-Weltfinanzgipfel im Sommer auf ein Instrument zur Besteuerung von Finanzinstituten verständigen. „Der Vorschlag, die Bankenabgabe mit einer Transaktionssteuer zu verbinden, hat keine Mehrheit“, sagte ein Regierungsvertreter dem Handelsblatt. Der Grund sei unter anderem die Festlegung der US-Regierung auf eine Bankenabgabe. Zudem wolle man die Banken finanziell nicht überfordern und die Risiken einer Kreditklemme verstärken. Vor allem Frankreich liebäugelt dennoch damit, beide Instrumente einzuführen.

Die Bundesregierung will bis zur Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Bankenabgabe im Kabinett beschließen. Im parlamentarischen Verfahren sollen anschließend die G20-Beschlüsse und die Vorgaben der EU-Kommission eingearbeitet werden. Ursprünglich sollte die Bankenabgabe Anfang 2011 in Kraft treten. Im Finanzministerium zweifelt man jedoch schon an der Einhaltung. „Realistischer Starttermin ist April“, hieß es.

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).